

Beitrag von Josef Gruber, Mals/Schleis, vom Promotorenkomitee für eine pestizidfreie Gemeinde Mals

Danke für die Einladung und danke im Vorhinein für die Geduld und für die Aufmerksamkeit. Ich bin eingeladen worden, etwas zu erzählen, was jetzt eine ganz spezielle, lokale Situation betrifft, die aber vielleicht ein Wegweiser sein könnte. Wenn wir es genauer betrachten, dann können wir vielleicht auch einige Lehren daraus ziehen. Also, die Volksabstimmung in Mals zum Thema „pestizidfreie Gemeinde“.

Vorweg einfach ein paar Zahlen: Ende August 2014 haben wir zehn Tage lang abgestimmt und zwar erfolgte die Volksabstimmung nach den neuen Regelungen der Gemeindegatzung und der entsprechenden Verordnung und sie zählt zu den wenigen Beispielen in Südtirol von Volksinitiative. In den meisten Fällen sind es ja Gemeinderäte, die eine Volksabstimmung beschliessen, in diesem Fall war es eine Initiative, die vom Volk ausging. Wahrscheinlich müssten wir heute noch warten, wenn der Gemeinderat hätte die Initiative ergreifen sollen. Die wichtigsten demokratischen Erneuerungen in unserem Statut, das wir vorher geändert haben, betreffen:

1. die freie Unterschriftensammlung, also jeder Malser Bürger, jede Malser Bürgerin kann sich beim Bürgermeister die Ermächtigung einholen, um Unterschriften sammeln zu können.
2. Zweitens das Abstimmungsheft, das allen Stimmberechtigten zugesandt wird zusammen mit dem Stimmzettel für die Abstimmung,
3. und dann haben die Gemeindebürger zehn Tage Zeit, um an der Abstimmung teilzunehmen.
4. Eine weitere Neuerung ist das bestätigende Referendum zu Gemeinderatsbeschlüssen und Gemeindeausschussbeschlüssen.

So weit nur ein paar Beispiele aus der neuen Gemeindegatzung. Im Laufe des Verfahrens sieht sich der Gemeinderat von Mals gezwungen, Sperrfristen zu entfernen, um die Abstimmung überhaupt erst zu ermöglichen. Aber er behält noch eine Sperrfrist bei. Es ist ihm nicht ganz gelungen, sich von dieser Hürde zu verabschieden. Jedenfalls hat der Gemeinderat selbst erkannt, dass die Volksabstimmung mit all diesen Sperrfristen nicht praktikierbar gewesen wäre. Die Promotoren waren ca. 2 Jahre lang tätig, bis die Abstimmung stattfinden konnte. Zwei Jahre! Sollte also noch irgend jemand Zweifel haben, dass es alle Tage Volksabstimmungen geben könnte – wir haben jetzt schon genug und wahrscheinlich brauchen wieder einige Jahre, bis wir uns erholt haben. Die Beteiligung, also nach zehn Tage Abstimmungszeit Ende August, lag bei 69,22 % der Wahlberechtigten. Es haben sich also mehr Personen, mehr Wahlberechtigte an dieser Abstimmung beteiligt, als an der Gemeinderatswahl. Die Gemeinderatswahl hatte eine Beteiligung von nur 67,5 %. Die Zustimmung war auch ziemlich eindeutig: 75,8 % haben für eine pestizidfreie Gemeinde gestimmt. Der nächste Schritt: Der Bürgermeister lässt den Gemeinderat über die Umsetzung abstimmen und erreicht weder die Zweidrittelmehrheit, noch die absolute Mehrheit in zweiter Lesung. Von zwanzig Gemeinderäten haben elf gegen die Umsetzung des Ergebnisses der Volksabstimmung gestimmt. Einige haben den Mut aufgebracht, offen dagegen zu stimmen, einige haben sich der Stimme enthalten, wohl wissend, was das bedeutet, und einige haben einfach in Folge die Gemeinderatssitzung geschwänzt. Und dies alles, obwohl derselbe Gemeinderat ein Jahr vorher, einstimmig und ohne Enthaltung dafür gestimmt hat, dass Volksabstimmungen in Mals verbindlich sind und er dies in die Satzung geschrieben hat. Welche Erkenntnisse, abgesehen vom

Erschrecken und von unserer Enttäuschung, welche Erkenntnisse können wir davon ableiten?

Es ist in Mals kein zufälliges Missgeschick passiert, sondern ein latentes Defizit zu Tage getreten: Die Beliebigkeit und die Unzuverlässigkeit dieser Art von delegierter Politik. Sogar auf Gemeindeebene wo jeder jeden kennt! Die Sache hat wieder eine Schwachstelle im System geoffenbart und zwar, dass sich derartige Volkvertreter niemandem und gar nicht verpflichtet fühlen. Im Falle von Mals haben sie sich weder der Gemeindegesetzgebung gegenüber verpflichtet gefühlt, noch einer Dreiviertel-Mehrheit der Bevölkerung. Sie fühlen sich wahrscheinlich jemandem oder etwas anderem gegenüber verpflichtet, jedenfalls nicht dem Volk. Eine solch klare Meinungsäußerung der Bevölkerung ist natürlich nur dann ignorierbar, wenn die Betreffenden, also die Verantwortlichen wissen, dass diese Unterlassung einer Amtshandlung keine Folgen für sie hat. Angelegenheiten, welche privatwirtschaftliche Interessen einschränken könnten, werden entweder überhaupt nicht behandelt oder aufgeschoben, von Legislatur zu Legislatur aufgeschoben. Die Pestizidfrage betrifft nicht nur Mals, sie betrifft auch sehr viele andere Gemeinden in Südtirol. Diese Frage wird verdrängt oder einfach verschoben. Wahrscheinlich ist eine andere politische Grundhaltung seitens der Mandatäre unter einer derartigen Besetzung der Legislative nicht denkbar.

Aus meiner Sicht gäbe es im ganzen demokratischen Prozess oder demokratischen Ablauf zwei Phasen, wo man intervenieren könnte. Zwei Beispiele: Wir brauchen auf jeden Fall die Möglichkeit, Mandatäre zu wählen, die schon von sich aus ein reiferes Demokratieverständnis mitbringen und die nicht bei der ersten besten Gelegenheit dem Volk in den Rücken fallen und solche, die nicht im Dienste von Lobbys stehen. In unserem Fall war es ja offensichtlich, in welchem Dienst sie stehen. Das brauchen wir in der ersten Phase, wo die Kandidatenauslese erfolgt und die Kandidatennominierung. Im Vorfeld von Wahlen also bestimmte Mandatäre wählen zu können, andererseits müssen wahrscheinlich bestimmte Privilegien abgebaut werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, Vertretungsmandate nicht völlig unattraktiv werden zu lassen. Wenn Vertretungsmandate völlig unattraktiv werden, dann haben wir wieder kein positives Ausleseverfahren. Also einerseits Privilegien abbauen und andererseits Motivationen und Anreize fördern, damit ein Vertretungsmandat dennoch attraktiv bleibt und eine Positivauslese erfolgt. Da müssten wir genau nachsehen, welche Motivationen wir da stärken könnten und nicht bloß Privilegien streichen. In der zweiten Phase, also während der Mandatsausübung, könnte man auch zwei Elemente einfügen. Einerseits den direktdemokratischen Misstrauensantrag (die Amerikaner bezeichnen das als recall) und andererseits eine Art Wähler-Feedback, eine Wählerbewertung zur Mandatslaufzeit. Das könnte auch ein Instrument sein, mit dem man Signale setzt und wo sich dann Mandatäre besinnen oder orientieren können. Und dann, prinzipiell, können wir aus Erfahrung sagen, je leichter und je öfters es zu Sachabstimmungen kommt, desto öfters müssen Mandatäre ihr Mandat überdenken. Das bedeutet für uns auf jeden Fall, dass wir an den direktdemokratischen Instrumenten weiterarbeiten müssen. Delegierte Politik funktioniert besser vor dem Hintergrund effizient geregelter direktdemokratischer Möglichkeiten.

Der demokratische Unfall in Mals ist nicht nur negativ zu sehen. Gerade durch seine Härte und gerade durch seine Absurdität bietet er eine praxisbezogene, gut verständliche Lektion auch für die Allgemeinheit. Nach all den Mühen und der Geduld, die eine solche Volksinitiative verlangt – nun eine persönliche Note - wünschte ich mir manchmal, die Demo-

kratie wäre ein Sofa. Einerseits, andererseits denke ich mir dann doch wieder, ein Leben auf dem Sofa ...? Danke schön!

Cristina Herz als Moderatorin: Die Abstimmung in Mals war nur möglich, weil Josef in langen Jahren, nicht als Gemeinderat, aber für die Gemeinde sich die Mühe gemacht hat, nämlich das Gemeindestatut gegen ganz viele Widerstände zu überarbeiten, und ich möchte dem Josef deswegen auch für diese Geduld, die er gehabt hat, danken und auch für seinen Einsatz auch über die Gemeinde hinaus. Er hilft ja z.B. auch der Gruppe in Meran bei der Überarbeitung des Gemeindestatutes und das sollte man doch einmal anerkennen. Vielen Dank, Josef!